

Capital vom 22.11.2007, Ausgabe 25/2007

"Wer zu schnell verändern will, kriegt eins auf die Nuss"

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble im Capital-Gespräch
Henning Baethge; Rainer Hübner; Klaus Schweinsberg

Herr Schäuble, vor zwei Jahren wurde Angela Merkel Kanzlerin. Ausgerechnet zur Hälfte der Amtszeit geht jetzt Franz Müntefering von Bord. Die Öffentlichkeit sieht darin den Anfang vom Ende des Bündnisses. Sie auch?

Schäuble: Nein, die Große Koalition wird diese Legislaturperiode halten - es gibt ja keine Alternative. Ich hoffe aber, dass wir sie nach 2009 nicht fortsetzen müssen, denn sie sollte die Ausnahme bleiben.

Müntefering war, wie Merkel selbst sagt, ein Stabilisator des schwarz-roten Bündnisses. Wenn der nun fehlt und obendrein auch noch SPD-Chef Kurt Beck unkontrolliert dazwischenschießt, droht die Zusammenarbeit doch schwerer zu werden.

Schäuble: Nicht unbedingt. Es ist immer gut, wenn klare Verhältnisse herrschen. In der SPD sind sie ziemlich klar und werden durch den Rückzug Franz Münteferings nicht unklarer:

Kurt Beck hat das Sagen, und ich glaube auch gar nicht, dass er unkontrolliert handelt. Der weiß genau, was er will - die nächste Wahl gewinnen. Er wird es nur nicht schaffen.

Aber hängt ein so schwieriges Gebilde wie die Große Koalition nicht entscheidend von einer guten persönlichen Chemie zwischen den Führungspersonen ab, von einem Vertrauensverhältnis wie Merkel und Müntefering es zueinander hatten?

Schäuble: Was hat die gute Chemie zwischen den beiden denn in den vergangenen Monaten genutzt? Während wir stets koalitionsstreu waren, kamen aus der SPD Angriffe auf die Bundeskanzlerin und auch auf mich. Selbst der Außenminister und neue Vize-Kanzler hat gemeint, sich daran beteiligen zu müssen. Nein, in einer Koalition kommt es weniger auf persönliche Freundlichkeiten an, sondern darauf, dass man Absprachen einhält. Das hat die SPD zuletzt nicht mehr getan.

Und die SPD wirft Ihnen im Fall des gescheiterten Post-Mindestlohns Wortbruch vor. All das sieht nicht mehr wie eine gute Geschäftsgrundlage für die Koalition aus.

Schäuble: Den Mindestlohn für Briefzusteller haben wir gemeinsam von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht, die nun mal nicht erfüllt sind. Auch da verhalten wir uns korrekt.

Was die Basis der Koalition angeht: Der Streit der letzten Wochen sollte nicht verdecken, dass wir ja insgesamt sehr erfolgreich waren. Darum verstehe ich auch nicht, dass die SPD sich neuerdings so schlecht benimmt und so redet, als sei unsere Arbeit schlecht gewesen. Wer hätte denn vor zwei Jahren geglaubt, dass wir 2007 einen ausgeglichenen Staatshaushalt hinbekommen? Dass wir die Arbeitslosigkeit auf unter dreieinhalb Millionen drücken? Und dass wir den

Arbeitslosenversicherungsbeitrag auf 3,3 Prozent senken können? Niemand.

Sie selbst aber auch nicht.

Schäuble: Das mag sein.

Allerdings sagen unabhängige Fachleute wie die fünf Wirtschaftsweisen, dass nicht die Regierung für den erfreulichen Aufschwung verantwortlich sei, sondern vor allem Auftriebskräfte aus dem Ausland.

Schäuble: Die Wirtschaftsweisen fordern uns doch gerade nachdrücklich auf, den Kurs fortzusetzen und nicht zu korrigieren - dann kann er ja wohl nicht so falsch sein. Aber gut, ich gebe zu: Wir haben auch etwas Glück gehabt. Schon Napoleon wusste, dass Generäle Fortune brauchen. Regierungen auch.

Und die Reformen von Gerhard Schröder haben ebenfalls ihren Anteil - einverstanden?

Schäuble: Umso bemerkenswerter ist es, dass die SPD damit nichts mehr zu tun haben will.

Was dürfen Wähler und Wirtschaft denn in der zweiten Amtshälfte noch von der zankenden Koalition erwarten?

Schäuble: Zunächst kann man ja festhalten, dass wir den Großteil dessen, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen hatten, schon auf den Weg gebracht haben. Nehmen Sie das Elterngeld, die Rente mit 67, die Unternehmenssteuerreform, jetzt die Erbschaftsteuerreform. Das ist doch eine gute Bilanz - und hat vor allem in der Wirtschaft zu einem Klima der Zuversicht geführt. Und ich muss Ihnen ja nicht erklären, dass Ökonomie zu mehr als 50 Prozent Psychologie ist.

Mit anderen Worten: Das meiste ist erledigt, jetzt kommt nicht mehr viel. Dann können wir ja schon neu wählen.

Schäuble: Vielleicht wäre es gut, mal vier Jahre lang gar kein Steuergesetz zu machen. Aber im Ernst: Eine Regierung muss doch nicht jeden Monat ein neues Gesetz verabschieden!

Wir brauchen auch Zeit, die beschlossenen Reformen umzusetzen.

Was Mitte der Legislaturperiode nicht langsam auf den Weg gebracht ist, wird meist ohnehin nichts mehr.

Bleibt von der Großen Koalition etwas für die Ewigkeit?

Schäuble: Politik ist nie für die Ewigkeit. Aber dass wir unter deutscher EU-Präsidentschaft Europa nach dem gescheiterten Verfassungsvertrag wieder flott bekommen haben, dass Ende dieses Jahres die Grenzkontrollen zu unseren Nachbarn im Osten wegfallen - das sind schon prägende Entwicklungen für Jahrzehnte. Auch für Deutschland haben wir richtungsweisende Beschlüsse gefasst: den Bürokratieabbau, die Stärkung der Eigenverantwortung - aber ebenso eine moderne Familien- und Integrationspolitik. Hier hat vor allem die Union ein paar Paradigmenwechsel vollzogen, die in einer so großen Volkspartei nicht leicht und nicht unumstritten sind.

Die Eigenverantwortung gestärkt? Die Koalition hat den Bezug von Arbeitslosengeld verlängert und zuvor die Pflegeleistungen erhöht. Und bei der Krankenversicherung ist auch nicht mehr Eigenverantwortung zu erkennen.

Schäuble: Da mag nicht alles perfekt sein, was wir gemacht haben. Aber Ihre Beispiele ergeben zusammen nicht das richtige Gesamtbild. Dafür müssen wir vielmehr die Staatsquote heranziehen. Demnach betrug vor einigen Jahren der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt noch 50 Prozent, jetzt nähern wir uns der 40-Prozent-Marke. Diese Entwicklung beweist, dass wir die Eigenverantwortung stärken. Vielleicht wollen die Bürger ja gar nicht so viel Freiheit haben, sondern mehr soziale Sicherheit - wie in Dänemark.

Dort vermieden es im Vorfeld der jüngsten Wahl selbst die liberalkonservativen Parteien krampfhaft, den Eindruck zu erwecken, sie wollten trotz einer der höchsten Abgabenbelastungen in Europa die Steuern senken.

Schäuble: Es wäre jedenfalls falsch, in Europa die Verhältnisse in den USA als Politikideal verkaufen zu wollen. Uns trennen Geschichte und viele Denkweisen. Gewiss, die Menschen hier erwarten schon, dass wir ihnen Freiheit lassen. Aber sie wollen nicht allein auf sich gestellt sein. Sie setzen auf einen viel stärkeren Schutz vom Staat. Freiheit und Sicherheit sind für sie komplementär zueinander. Ich finde, wir können diese Anforderung mit der sozialen Marktwirtschaft bestens erfüllen. Natürlich müssen wir immer wieder neu um die Balance ringen.

Derzeit räumen die Bürger angesichts der gefühlten Bedrohungen durch die Globalisierung offenbar der Sicherheit einen höheren Stellenwert ein.

Schäuble: Es ist nicht allein die Globalisierung, die die Anforderungen an die Gemeinschaft und den Staat steigert, sondern die moderne Welt insgesamt. Die Migration erfordert Integration.

Der rasante Wandel bei den Berufen braucht Flankenschutz durch Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Mobilität in unserer Gesellschaft, Kleinfamilien und Scheidungen machen es schwerer, Erfahrungen weiterzugeben. Diese komplexen Herausforderungen müssen wir anerkennen. Sie setzen dem Rückzug des Staates Grenzen.

Wie sähe denn eine Wirtschafts- und Sozialpolitik aus, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt? Was gehört zu einer Agenda 2015, mit der die CDU den nächsten Bundestagswahlkampf bestreiten könnte?

Schäuble: Die Staatsquote sollte durch Reformen am Arbeitsmarkt und in der Sozialversicherung begrenzt gehalten werden. Zugleich müssen wir klarmachen, dass niemand durch das soziale Netz fallen wird. Die Kluft zwischen Arm und Reich darf nicht noch größer werden. Aber wir müssen auch Impulse für Eigenverantwortung setzen. Die Menschen werden verstehen: Es ist für jeden Einzelnen befriedigender, wenn er durch eigene Leistung seine Lebenslage beeinflussen kann.

Dieser Leitgedanke des Förderns und Forderns steht schon in Schröders Agenda 2010.

Schäuble: Deswegen muss er ja nicht falsch sein. Natürlich müssen wir auch den Menschen mehr Freude zu Kindern machen und die Erziehungsfähigkeit der Familien stärken, aber auch die Chancen schaffen, Beruf und Familie besser zu verbinden. Außerdem brauchen wir eine allmähliche Anhebung der Lebensarbeitszeit, eine stärkere Flexibilität.

Das ist doch mit der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre schon in die Wege geleitet.

Schäuble: Ja, aber da sind wir noch nicht am Ende. Wichtig ist auf jeden Fall, dass sich all diese Ziele in einem hoch komplexen Gebilde wie der deutschen Volkswirtschaft nicht mit abrupten Veränderungen erreichen lassen, sondern nur schrittweise. Sonst entstünden heftige Turbulenzen.

Merkels Politik der kleinen Schritte lässt grüßen. Ist diese Methode also gar nicht aus der Not der Großen Koalition heraus geboren, sondern in sich gerechtfertigt?

Schäuble: Gesellschaften reagieren auf Reformpläne nun mal mit starken Beharrungskräften. Wer da zu schnell verändern will, kriegt eins auf die Nuss und erreicht gar nichts. Aber gerade weil man nur behutsam voranschreiten kann, ist es umso wichtiger, die Kurskorrektur der letzten Jahre konsequent durchzuhalten. Deshalb ist es so verheerend, dass die SPD jetzt wieder zurückrudern will.

Angefangen hat doch die CDU auf ihrem Parteitag ...

Schäuble: ... ich weiß gar nicht, wovon Sie reden. Wir haben unser Treffen doch erst in ein paar Tagen.

Vor einem Jahr in Dresden. Als sie Jürgen Rüttgers' Vorschlag für längeres Arbeitslosengeld beschlossen haben. Aber wie auch immer: Was Sie eben entwickelt haben, hat wenig mit den freiheitlichen Botschaften Ihres Leipziger Parteitags 2003 zu tun. Hat die Union aus dem enttäuschenden Ergebnis der letzten Wahl den Schluss gezogen, dass das Programm zu radikal war und sie das Streben der Menschen nach Sicherheit unterschätzt hat?

Schäuble: Wir haben alle über unser Wahlresultat nachgedacht. Wenn man für seine Position nicht hinreichend Zustimmung findet, dann entspricht es durchaus den guten Regeln der offenen Gesellschaft, dass man daraus lernt. Ich sage noch mal: Gegen abrupte Veränderungen reagiert unsere Gesellschaft in erheblichem Maß mit Trägheit. Das hat durchaus etwas Positives - denn es ist ein Schutz gegen die Verführbarkeit zu linkem und rechtem Extremismus. Mäßigung hilft, eine Entwicklung nachhaltig und solide zu machen.

Keine Experimente - darum CDU. Ist dieser christdemokratische Klassiker also die neue Kernbotschaft?

Schäuble: Lassen Sie es mich so sagen: Wir müssen das, was wir wollen, den Menschen so vermitteln, dass sie es nicht als Bedrohung empfinden. Es wäre ein Fehler, wenn es anders wäre. Mein Parteifreund Rüttgers kommuniziert seine Politik richtig. Die ist ja durchaus nicht auf Stillstand angelegt. Aber sie nimmt das Bedürfnis

der Menschen nach Fairness auf. Da liegt in diesem Land doch einiges im Argen.

Woran denken Sie da?

Schäuble: Manche Entwicklungen im Bereich des Managements großer deutscher Unternehmen tragen nicht zur Akzeptanz der Vorstellung bei, dass eine auf Wettbewerb gründende Wirtschaftsordnung besser ist - um es sehr zurückhaltend zu sagen. Etwa bei den Managergehältern.

Brauchen wir für die eine gesetzliche Höchstgrenze?

Schäuble: Je mehr die Menschen sich freiwillig richtig verhalten, desto weniger muss der Staat regeln. Eliten müssen wissen, dass sie eine moralische Vorbildfunktion haben. Daher ärgere ich mich auch, dass einige Firmen die Vorschläge der Cromme-Kommission zur guten Unternehmensführung nicht umgesetzt haben. Dann muss der Staat eben tätig werden - obwohl Regelungen durch den Gesetzgeber hier wie in anderen Bereichen allenfalls die zweitbeste Lösung sind.

Man merkt: Eigentlich sind Sie ein liberal denkender Mensch. Stört es Sie, dass Sie jetzt im Amt des Innenministers als Hardliner wahrgenommen werden? Oder würden

Sie Ihren Job schlecht machen, wenn es nicht so wäre?

Schäuble: Es ärgert mich schon manchmal, weil ich mich missverstanden fühle. Natürlich kann der Innenminister nicht ausschließlich nach Regeln der Subsidiarität handeln. Die Bürger sollen auf einen starken Staat mit seinem Gewaltmonopol vertrauen können. Aber bisweilen werden mir Sätze von einer Schärfe unterstellt, die ich nie gesagt habe. Das stört mich - und ich versuche zu lernen, wie ich das verhindern kann.

Sie sitzen seit 35 Jahren im Bundestag, sind mit 65 ältester Minister. Der Normalbürger geht in Ihrem Alter in Rente. Warum tun Sie sich noch die Politik an?

Schäuble: Ich habe mir die Politik nie angetan, sondern war immer froh, dass ich meine Leidenschaft zu meinem Beruf machen konnte. Ich bin mit Freude Politiker.

Dann machen Sie auch nach der Wahl 2009 weiter?

Schäuble: Ach, die Zukunft ist immer offen. Ich will jetzt nicht darüber reden, was ich nach 2009 tun werde. Bis dahin will ich meine Arbeit erst mal gut machen, zum Wohle des Landes.

Haben Sie noch einen politischen Traum?

Schäuble: Wenn es uns gelänge, den Frieden zu sichern, den wir in der Bundesrepublik seit über 60 Jahren haben, und die großen kulturellen und wirtschaftlichen Spannungen in der globalisierten Welt so zu entschärfen, dass zehn Milliarden Menschen darin leben können - dann wäre ich zufrieden.